

# DER LINKE Landtags-Rundbrief

## Ausgabe 4/ April 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem „Stresstest“ hatte die europäische Bankenaufsicht nicht nur gegenüber der Nord/LB, sondern auch gegenüber den Landtag Stress gemacht. Um die von der Londoner Aufsichtsbehörde gesetzten extrem kurzen Fristen einzuhalten, musste eine Regierungserklärung und – zur Sicherheit – ein Beschluss des Landtages her, durch den der Nord/LB die notwendige Hilfe gewährt wurde. Dies war für die Abgeordneten des Landtages schon eine Zumutung, in der Situation war aber auch Entschlossenheit gefragt.

Die Grünen agierten widersprüchlich und hilflos. Der Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel erklärte, er werde sich dafür einsetzen, den Beschluss mitzutragen. Der finanzpolitische Sprecher Hans-Jürgen Klein unterstützte dagegen ausgerechnet einen Absatz, der erkennbar auf Wunsch der FDP in den Entwurf gelangt war: Das Geschäftsmodell der Nord/LB solle einer „Aufgabenkritik“ unterzogen werden. Besser hätten es die privaten Großbanken auch nicht formulieren können. Der Änderungsantrag der Linken fand die Zustimmung von SPD und CDU; die FDP gab schließlich nach, und die Grünen blieben allein mit ihrer neo-liberalen Intervention. Dort, wo die FDP mit ihrem ersten Sturm auf dem Eis gescheitert war, half dann auch der zweite Sturm in Gestalt des neo-liberalen Flügels der Grünen nicht mehr. Zum Schluss standen die Grünen blamiert da und versuchten sich mit einer Enthaltung aus der Affäre zu ziehen.

*Ihr Hans-Henning Adler*

## Sohn: Stresstest für Banken richtet sich gegen die Sparkassen



Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und LINKEN beschlossen, der Nord/LB 600 Millionen Euro zur Stärkung der Eigenkapitaldecke bereitzustellen, damit sie den sogenannten Stresstest besteht. Mit diesem europäischen Banken-Belastungstest drohte ansonsten eine Abwertung der Bank im internationalen Vergleich. Während der Beratungen wehrte die Linksfraktion den Versuch der FDP ab, das Geschäftsmodell der Nord/LB durch die oben erwähnte Aufgabenkritik infrage zu stellen. Schon vorher hatte die Regierung beschlossen, die „stillen Einlagen“ des Landes bei der Nord/LB in feste Beteiligungen umzuwandeln. Dabei geht es um eine Summe von 1,06 Milliarden Euro, die das Land und die landeseigene Hannoverische Beteiligungsgesellschaft je zur Hälfte tragen.

Die Umwandlung war notwendig geworden, weil die europäische Bankenaufsicht EBA „stille Einlagen“ nicht als Eigenkapital der Bank anerkennt – anders als das deutsche Recht. Bei der Commerzbank dagegen werden „stille Einlagen“ auch von der EBA

akzeptiert. Der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Manfred Sohn, erhob deshalb den Vorwurf, die Privatbanken wollten das Sparkassen- und Genossenschaftswesen in Deutschland an den Rand drängen und möglichst eliminieren: „Dieser Stresstest zielt auf die Landesbanken und über die Landesbanken, weil sie für das Gesamtsystem der Sparkassen wichtig sind, auf die dahinter stehenden Sparkassen.“ Selbst Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) äußerte sich ungewöhnlich deutlich und beklagte „Wildwestmethoden“.

Durch die Umwandlung der „stillen Einlagen“ des Landes steigt der Anteil Niedersachsens an der Landesbank von bisher 40 Prozent auf 60 Prozent. „Das ist gefährlich“, warnte Manfred Sohn. Die Wettbewerbshüter der EU könnten auf den Plan gerufen werden und den Staatseinfluss bei der Nord/LB als zu groß bezeichnen. „Diese Finanzhaie werden mithilfe der FDP erst dann Ruhe geben, wenn die letzte kleine Sparkasse in Niedersachsen plattgeschraubelt ist. Das ist Ihr Ziel.“

## Herzog: Niedersächsische Atommeiler endlich abschalten!



Die Linksfraktion hat erneut gefordert, unverzüglich und unumkehrbar aus der Atomkraft auszusteigen und die drei niedersächsischen Druckwasserreaktoren abzuschalten. Einen entsprechenden Entschließungsantrag hat die Fraktion in den Landtag eingebracht. „Wir müssen endlich Lehren aus den Atomkatastrophen ziehen“, betonte der Umweltpolitiker Kurt Herzog. Er spielte damit auf eine mögliche Kernschmelze auch in Deutschland an – ausgelöst etwa durch Erdbeben, Überflutung, Flugzeugabsturz, Cyberangriff, Stromausfall oder menschliches Versagen. Die niedersächsischen Atommeiler könnten problemlos vom Netz genommen werden, wenn es ein Konzept für die Energieversorgung geben würde, in dem erneuerbare Energien konsequent Vorrang haben, sagte Herzog.

Nach Berechnungen des Fraunhofer-Instituts kann allein die bessere Nutzung von Windkraftstandorten vor allem in Süddeutschland zwei Drittel des heute in Deutschland verbrauchten Stroms erzeugen. Die Landesregierung müsse die Energiegewinnung aus

erneuerbaren Energieträgern beschleunigen – und zwar auf Grundlage eines EU-weiten, aber mindestens deutschlandweiten Konzeptes. Dabei dürfe die Wende zum Ökostrom nicht zu ungerechtfertigten Strompreiserhöhungen führen und Menschen mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belastet werden, heißt es im Antrag der Linksfraktion. Für Effizienzmaßnahmen soll das Land ein Konzept erarbeiten, um Energie und Rohstoffe einzusparen. Da sich Atommüll auf Dauer nicht sicher lagern lässt, fordert die Linksfraktion, dass der Strahlmüll jederzeit aus den Lagerstätten herausgeholt werden kann. Gorleben sei als Lagerstandort aufzugeben und die Asse zu sanieren, nachdem dort der Müll geborgen wurde.

Die Ankündigung von Umweltminister Hans-Heinrich Sander, die Genehmigung für Probebohrungen zur Bergung des Asse-Atommülls zu erteilen, bezeichnete Kurt Herzog als „längst überfällig“. „Die stark gestiegene Cäsium-Aktivität zeigt, dass Sander schnell handeln muss.“

## Humke: Pflegenotstand zeichnet sich zunehmend stärker ab



Die Bedingungen im Bereich der Pflege müssen dringend verbessert werden. Das ist die Konsequenz aus dem Landespflegebericht, den die Landesregierung vor kurzem veröffentlicht hat. Kernpunkt ist der zunehmende Fachkräftemangel. Außerdem fehlt es an Kurzzeitpflegeeinrichtungen und Pflegestützpunkten. Die Linksfraktion hatte deshalb eine Dringliche Anfrage an die Landesregierung gestellt, um zu erfahren, ob sie unter dem Eindruck des Pflegeberichts bereit ist, nötige Verbesserungen anzugehen.

Leider bekam die Fraktion nur ausweichende Antworten. Was etwa die Bezahlung der Beschäftigten anbelangt, habe das Land keinen Einfluss, meinte Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) und verwies auf die Tarifparteien von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Außerdem sei eine gute Pflegequalität gar nicht von der Höhe des Pflegesatzes abhängig – eine Aussage, die die Pfleger/innen wohl als blanken Hohn empfinden dürften, denn ihre geringe Vergütung reicht oft nicht zum Leben aus.

Die Pflege ist in Niedersachsen tatsächlich alles andere als gut aufgestellt. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt schnell und wird laut Pflegebereich im Jahr 2050 fast doppelt so hoch sein wie heute. Das Land braucht dringend mehr Kurzzeitpflegeeinrichtungen und Pflegestützpunkte. Die Zahl der Kurzzeitpflegeeinrichtungen sank seit 1999 von 69 auf 23. Nicht einmal mehr die Hälfte aller niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte haben eine solche Einrichtung. Zwar können Pflegende ihre Angehörigen stattdessen auch in Langzeiteinrichtungen unterbringen, sie müssen dafür aber seit Anfang des Jahres knapp 17 Euro pro Tag berappen. „Diese Sparmaßnahme ist ein Affront gegenüber den Menschen, die bereit sind, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen“, kritisiert Patrick Humke, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Er monierte außerdem, dass Pflegestützpunkte mit einem Beratungsangebot an Pflegebedürftige und Angehörige bisher nur in 20 von 46 Landkreisen und Städten eingerichtet wurden.

## Flauger: CDU-Generalsekretär fordert zur politischen Zensur auf



„Der Minister [Uwe Schünemann, CDU] sollte die Homepage der Linken aus dem Netz löschen!“ Mit diesem Zwischenruf beantwortete CDU-Generalsekretär Ulf Thiele in der Landtagssitzung wohl unfreiwillig die Frage, warum sich gerade die CDU in der Vergangenheit so vehement für die Sperrung von Kinderpornoseiten eingesetzt hat. Kritiker vermuten, dass mit dem sogenannten Netzsperrengesetz eine Infrastruktur geschaffen werden sollte, um gegen politische und andere missliebige Internetseiten vorzugehen. Die Linksfraktion forderte postwendend Ministerpräsident McAllister auf, seinen Generalsekretär zu entlassen: „Thieles Forderung ist ein skandalöser Aufruf zur Zensur und damit zum Verfassungsbruch“, betonte die Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger.

Dieser handelt nicht allein. Auch Innenminister Uwe Schünemann macht sich für eine Zensur im Internet stark und will „extremistische“ Internetseiten löschen. Da Schünemann mit seinem Verfassungsschutz bestimmt, was unter „extremistisch“ zu verstehen ist,

wären der staatlichen Zensur Tür und Tor geöffnet. Das Netzsperrengesetz sei nie ein taugliches Mittel gewesen, um Kinderpornoseiten zu bekämpfen, unterstrich denn auch die linke Fraktionschefin. Nun sollen die Polizeibehörden das Naheliegende tun und die Löschung dieser Seiten und die Strafverfolgung der Urheber vortreiben.

Selbst wenn der Server in Übersee steht, reicht laut Chaos Computer Club eine einfache Mitteilung an den Betreiber, die entsprechenden Seiten aus dem Netz entfernen zu lassen. Das ist viel effektiver, als Sperrlisten zu erstellen. Das Netzsperrengesetz war außerdem nach Ansicht vieler Juristinnen und Juristen in Teilen verfassungswidrig. „Die Tatsache, dass besagtes Gesetz jetzt vom Tisch ist, verdanken wir vielen Menschen, die im Netz und auf der Straße gegen dagegen gekämpft haben. 130 000 Menschen haben eine Petition gegen dieses Gesetz online unterzeichnet“, betonte Kreszentia Flauger.

## Weisser-Roelle: Keine Massentlassungen bei ALSTOM!



Die Linksfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, die geplanten Massentlassungen beim Schienenfahrzeughersteller ALSTOM in Salzgitter zu verhindern. Die vom Landtag einstimmig beschlossene Unterstützungserklärung müsse endlich praktische Folgen haben, verlangte die wirtschaftspolitische Sprecherin Ursula Weisser-Roelle. Der Antrag zu dieser Landtagsresolution kam von der Linksfraktion. Danach sollte Ministerpräsident David McAllister in Abstimmung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der ALSTOM-Konzernleitung in Paris und der französischen Regierung verhandeln. Passiert ist bisher nichts, obwohl die Zeit drängt. Die Konzernleitung will 750 Arbeitsplätze im Schienenfahrzeug-Rohbau nach Polen verlagern und befristete Arbeitsplätze nicht verlängern. Etwa 1.400 Frauen und Männer, und damit fast die Hälfte der Belegschaft, sollen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Um die Entlassungen abzuwenden, schlägt die Linksfraktion vor, dass sich Niedersachsen mit einer Sperrminorität von 25 Prozent plus einer Aktie an ALSTOM beteiligt. Damit könnte das Land alle wichtigen Entscheidungen im Unternehmen beeinflussen. Eine Beteiligung wäre auch deshalb sinnvoll, weil ALSTOM vor allem für kommunale Verkehrsbetriebe Schienenfahrzeuge baut. Zugleich forderte Ursula Weisser-Roelle mehr betriebliche Mitbestimmung: „Entscheidungen über Produktionsverlagerungen sollten, der Intention des VW-Gesetzes folgend, nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat getroffen werden.“

Da sich die Auftragslage des Unternehmens rasch verbessern muss, sollte das Land zusätzlich als Auftraggeber einspringen. Auch eine Landesbürgschaft sei zu prüfen, sagte Weisser-Roelle. Nach Angaben von Betriebsrat und IG Metall ist es um die Auftragslage bei ALSTOM zwischen 2013 und 2017 gut bestellt.